

Antrag
der Fraktion der SPD

Entlassung des Bundesministers der Verteidigung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bundeskanzler wird aufgefordert, gemäß Artikel 64 des Grundgesetzes dem Bundespräsidenten vorzuschlagen, den Bundesminister der Verteidigung, Dr. Gerhard Stoltenberg, wegen Verstoßes gegen das Haushaltsgesetz 1992 zu entlassen.

Bonn, den 31. März 1992

Hans-Ulrich Klose und Fraktion

Begründung

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hatte am 7. November 1991 einvernehmlich beschlossen, in Kapitel 14 02 Titel 554 99 einen Ansatz von 25 Mio. DM qualifiziert zu sperren, der für die Umrüstung von Leopard-I-Panzern zur Lieferung an die Türkei bestimmt war: „Die Leistung der Ausgaben bedarf in Höhe von 25 Mio. DM der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.“ Ausweislich des Protokolls des Haushaltsausschusses wurde der Bundesminister der Verteidigung aufgefordert, „diejenigen Industrieunternehmen, die mit der Umrüstung der für die Türkei bestimmten militärischen Güter betraut seien, darüber zu unterrichten, daß vorerst die Auszahlung der hierfür vorgesehenen Beträge und die Auslieferung der entsprechenden militärischen Güter an die Türkei nicht erfolgen dürfe“.

Die qualifizierte Sperre über 25 Mio. DM wurde als Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drucksache 12/1600) in der zweiten und dritten Beratung des Haushaltsentwurfs 1992 vom 26. bis 29. November 1991 vom Deutschen Bundestag angenommen und wurde damit Teil des Haushaltsgesetzes 1992. Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Ottfried Hennig hatte zudem in der genannten Sitzung des Haushaltsausschusses ausdrücklich zugesichert, der Bundesminister der Verteidigung werde den Beschluß des Haushaltsausschusses „in keiner Weise unterlaufen“.

Dennoch hat der Bundesminister der Verteidigung die umgerüsteten Panzer des Typs Leopard I an die Türkei ausgeliefert und damit gegen den Willen des Haushaltsgesetzgebers und gegen das Haushaltsgesetz 1992 verstoßen.

Der Deutsche Bundestag fordert deshalb den Bundeskanzler auf, dem Bundespräsidenten die Entlassung des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Gerhard Stoltenberg, vorzuschlagen.